

bedeutet eine Entdifferenzierung zwischen den einzelnen Teilen der Bewegung einer in sich differenzierten sexuellen Minderheit, die sich aus verschiedenen Antrieben, Interessen und Identitätsvorstellungen speist. Es wird damit eine Einigkeit fingiert, die nicht eine wirkliche Einigkeit in der Sache sein muss, sich jedoch durch diese Fiktion eine politische Machtbasis und damit Handlungsfähigkeit verschafft, über die die einzelnen Komponenten der Bewegung isoliert nicht verfügen können. Dies kann man mit Alain Badiou eine Subjektivierung nennen, die ein politisches Subjekt entstehen lässt, das nicht vorweg schon versteckt, in Teilen oder unterdrückt vorhanden wäre. Aus der Verbindung zwischen einem Ereignis und einer Treueprozedur, so Badiou, resultiert ein Subjekt, wobei unter Ereignis im oben erläuterten Sinne des Politischen ein Bruch mit einer bestehenden Ordnung und unter Treue die dauerhafte Abhängigkeit der Handlungen in und Perspektivierung der Welt von diesem Ereignis her verstanden wird (Badiou 2005, 263; 2010, 86). So macht Badiou etwa an der Theologie des Paulus deutlich, wie der Bezug auf das Auferstehungsereignis Jesu die Universalität des Christentums begründet (Badiou 2009; dazu Ensslin 2010).

Zurückgeblendet auf die zeitgenössische Parole des *queer*, wird durch diesen Begriff der Subjektivierung durch politisch treuen Bezug auf ein Stiftungsereignis deutlich, dass damit die komplexe kulturelle Lage im Kampf um Rechte und öffentliche Sichtbarkeit auf eine Alternative zugespitzt und die heterogene Bewegung durch diese Setzung homogenisiert wird. Dass es sich dabei nicht um eine Vereinheitlichung bereits vorhandener Teilgruppen handelt, sondern um die Stiftung eines kontextuellen Subjekts, und sich die Parole somit als ein politischer Ruf nach Anerkennung verstehen lässt, wird deutlich, wenn man die mit dem Sprechakt verbundenen Implikationen in Betracht zieht.

Denn er dient nicht nur der Komplexitätsreduktion der politischen Lage und der Kohärenzverstärkung der politischen Bewegung, sondern auch dazu, eine diesem Ruf entsprechende politische Antwort einzufordern. Aber sie funktioniert anders denn als eine Toleranzerwartung auf dem Boden einer symmetrischen Anerkennung. Sie ist vielmehr als eine riskante agonale symbolische Geste zu verstehen, welche die Mehrheitsgesellschaft zur Erfindung einer Antwort herausfordert, die nicht bereits in den üblichen politischen Parametern bereitsteht. Denn was der Adressat tolerieren („get used to“) soll, kann nicht mit der Adressierung der Parole bereits festliegen. Die Parole ist eine Parole, und keine einfache Feststellung, weil sie einen Adressaten hat, von dem die Anerkennung als „queer“ verlangt wird. Ob dieser

Adressat die Anerkennung in der gewünschten Weise erwidern wird, steht im Moment, in dem der Ruf adressiert wird, ebenso in Frage wie das, was qua Adressierung überhaupt gewünscht wird.

Erst wenn ihr euch daran gewöhnt, daß wir hier sind und daß wir sind, was wir sind, erst wenn ihr uns dadurch anerkennt, uns, die ihr gar nicht anzuerkennen braucht, da wir schon hier sind, in eurer Mitte, werden wir sagen können, daß wir hier sind und daß wir sind, was wir sind, daß wir einen Namen und eine Stimme haben. Die Forderung nach Anerkennung ist eine Forderung nach Bestätigung und Stiftung, die Parole verklammert und trennt Behauptung und Forderung durch den blinden Fleck eines paradoxen so. (Düttmann 1997, 110-111). Ob die Antwort ihrerseits sich politischer, kultureller oder rechtlicher Mittel bedient, kann der einseitig adressierende Ruf nicht vorwegnehmen, auch wenn er mit (ihrerseits diffusen und inkohärenten) politischen Hoffnungen verbunden ist (Düttmann 1997, 108-109).

Überall dort, wo in solchen Toleranzpolitiken neue politische Subjekte erfunden und neu formiert werden, ohne dass sie sich auf bereits eingespielte Anerkennungsmuster verlassen können, findet Politisches statt. Es erprobt als Praktik des Als-ob die Grenzen der Politik. Das Sich-ereignen des Politischen ist jedoch kein Selbstzweck, sondern fungiert als Wirkung auf die Politik, die so nicht nur „bloße“ Politik ist, sondern das notwendige Artikulationsfeld des Politischen. Um einen Satz Kants abzuwandeln, könnte man formulieren: Politisches ohne Politik ist leer, weil es reines Ereignis ohne Bedeutung wäre, Politik ohne Politisches ist blind, weil sie sich in ihrer prozeduralen Selbstermächtigung totläuft. Das Politische wird zur Politik, oder ist vielfach Politik, weil die Identitäten nicht ständig umstritten sind, sondern vielfach feststehen und ihren Handlungsspielraum in festgeschriebenen Rahmen, fungierenden Normenordnungen und laufenden Prozessen erweisen. Das Politische kann hingegen diese Ordnungen immer wieder durchbrechen und die Politik der etablierten Anerkennungsordnungen in Bewegung bringen.

⇒ 4 Toleranzkonflikte

Lässt sich die queere Parole als eine Toleranzforderung verstehen, wie ich es nahegelegt habe? Und wenn ja: in welchem Sinne? Die Praktik des Als-ob, die ich oben als charakteristisch für eine Politik

gekennzeichnet habe, die sich auf dem Boden unversöhnter Anerkennung entfaltet, ist toleranztheoretisch partikular. Das klingt sehr gestelzt, heißt aber schlicht Folgendes: Was jeweils toleriert wird und in den Rahmen der Überzeugungen der Tolerierenden bündig einzupassen ist, ist von Gruppe zu Gruppe unterschiedlich. Eine Gruppe, die sich hinter der queer-Parole versammelt, kann die denkbare Auffassung der Mehrheitsgesellschaft, es handele sich dabei nur um eine Handvoll sexuell kreativer Devianzen, weder akzeptieren noch tolerieren, weil sie deren Selbstverständnis untergräbt. Umgekehrt kann die heterosexuelle Mehrheitsgesellschaft sich nicht ohne Weiteres affirmativ zur queeren „Identität“ verhalten, weil diese Vielfalt ihren eigenen normativen Dualismus qua Pluralisierung unterläuft. – Diese wechselseitige notwendige Verkennung ließe sich ebenso an weiteren Fällen kultureller oder politischer Konflikte zeigen, die sich als Identitätskonflikte beschreiben lassen und in denen die Autoren und Adressaten politischer Forderungen diese zumindest strategisch mit Identitäten verknüpfen: also Konflikte um politische, kulturelle und soziale Anerkennung, in die kulturelle, religiöse oder sexuelle Minderheiten verwickelt sind.

Wohlgemerkt, ich behandle in all diesen Beispielfällen die Toleranz als einen politischen (im Gegensatz zu einem moralischen) Begriff. Ich unterstelle dabei, dass die politischen Kollektive jeweils eine subjektivierende Einheit bilden (die faktisch nicht kohärent ist). Unter der Bedingung, dass man Anerkennung – wie ich behauptet habe – als eine dreistellige Relation unvermeidlicher Verkennung beschreiben muss, stellen sich Ansprüche auf Identitäten dann als „Widerstreite“ dar. Als Widerstreite wiederum will ich mit Jean-Francois Lyotard solche Streitfälle bezeichnen, bei denen es unmöglich ist, sie mit Rekurs auf eine übergeordnete Regel zu lösen, die beiden Parteien gemeinsam ist (Lyotard 1989).

Für Toleranzkonflikte bedeutet dies folgendes: Sofern in politischen Toleranzkonflikten tatsächlich oder vermeintlich kulturelle oder politische kollektive Identitäten auf dem Spiel stehen, kann es keine übergeordnete Gemeinsamkeit geben, aufgrund derer eine wechselseitige Toleranz begründbar wäre und die beispielsweise in reziproker Anerkennung wurzeln. Die Toleranz kann nur soweit reichen, wie es die Grenzen der eigenen strategischen Identität erlauben. Das ist deswegen so, weil andernfalls die Kontingenz der eigenen (ja fiktiven und zu politischen Zwecken strategisch eingesetzten) Identität allzu schnell sichtbar würde. Toleranz im politischen Sinne lässt sich daher nur als Begriff mit beschränkter Reichweite verwenden. In der politischen Arena ist es daher ebenso wichtig, sagen zu können, was toleriert

wird wie, was intolerabel ist. Dies dient nämlich nicht nur als Signal an den politischen Gegner, sondern auch als Homogenitätssicherung nach innen.

Ich habe mich bewusst darauf beschränkt, Toleranz im Blick auf das Verhältnis von kulturellen und politischen Kollektiven zu betrachten. Bereits dies ist eine Einschränkung, die heuristisch motiviert ist und sich nicht immer wird halten lassen, wenn man die innere Dynamik solcher Kollektive betrachtet. Vor allem aber blendet dies ganz aus, dass natürlich auch Mitglieder dieser Kollektive die Mitglieder anderer Kollektive individuell tolerieren können und sollten. Helmuth Plessner hat die Form des in der modernen Gesellschaft angemessenen Umgangs, die Nähe und Distanz in ein für alle lebbares Verhältnis bringt, mit dem alten Wort des „Takts“ bezeichnet (Plessner 1924, 107-112). Der bürgerliche Takt wäre die intersubjektive Ergänzung zur politischen Toleranz, die ich hier nur in Umrissen habe andeuten können. Über den Takt nachzudenken, wäre nicht weniger dringlich, doch diese Überlegungen verließen das Feld der politischen Theorie.

⇒ Literaturverzeichnis

Badiou, Alain (2003): Über Metapolitik, übers. v. Heinz Jatho, Zürich, Berlin: diaphanes.

Badiou, Alain (2005): Das Sein und das Ereignis, übers. v. Gernot Kamecke, Berlin: diaphanes.

Badiou, Alain (2005): Zweites Manifest für die Philosophie, übers. v. Thomas Wäckerle, Wien: Turia + Kant.

Badiou, Alain (2009): Paulus. Die Begründung des Universalismus, übers. v. Heinz Jatho, Berlin: diaphanes.

Bedorf, Thomas (2007): „Bodenlos. Der Kampf um den Sinn im Politischen“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 55, 689-715.

Bedorf, Thomas (2010): Verkennende Anerkennung. Über Identität und Politik, Berlin: Suhrkamp.

Bedorf, Thomas (2010a): „Das Politische und die Politik – Konturen einer Differenz“, in: ders./Röttgers, Kurt (Hg.), Das Politische und die Politik, Berlin: Suhrkamp, 13-37.

Butler, Judith (2001): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, übers. v. Rainer Ansén, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Düttmann, Alexander García (1997): Zwischen den Kulturen. Spannungen im Kampf um Anerkennung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Ensslin, Felix (2010): „Messianischer Rest, Gedächtnis und Urverdrängung. Eine Untersuchung zur Rezeption des Apostels Paulus in der zeitgenössischen Philosophie“, in: Reinmuth, Eckart (Hg.): Politische Horizonte des neuen Testaments, Darmstadt: WBG, 92-118.

Forst, Rainer (2003): Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hénaff, Marcel (2009): Der Preis der Wahrheit. Gabe, Geld und Philosophie, übers. v. Eva Moldenhauer, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hénaff, Marcel (2014): Die Gabe der Philosophen, übers. v. Eva Moldenhauer, Bielefeld: transcript.

Lyotard, Jean-François (1989): Der Widerstreit, übers. v. Joseph Vogl, 2. Aufl., München: Fink.

Nancy, Jean-Luc (2004): singular plural sein, übers. v. Nikolaus Müller-Schöll, Berlin: diaphanes.

Plessner, Helmuth (1924): Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus, in: ders. (2003): Macht und Menschliche Natur. Gesammelte Schriften, hrsg. v. Günter Dux u. a., Bd. V, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Zitationsvorschlag:

Thomas Bedorf (2014): Unversöhnte Anerkennung und die Politik der Toleranzkonflikte. (Ethik und Gesellschaft 1/2014: Politik der Anerkennung). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2014_Bedorf.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für soziaethik

1/2014: Politik der Anerkennung

Thomas Bedorf

Unversöhnte Anerkennung und die Politik der Toleranzkonflikte

Markus Killius

Grenzen der Anerkennung. Eine Diskussion zwischen Charles Taylor und Judith Butler

Heiko Mata, Peter Sitzer

Anerkennung durch Gewalt

Christian Spieß

Anerkennungsbegriff und Inklusionsdiskurs.

Behinderung als Herausforderung für die Soziaethik

Stephan Voswinkel

Formwandel von Institutionen der Anerkennung in der Sphäre der Erwerbsarbeit

Christine Wiezorek

Bildung, Anerkennung und gesellschaftliche Integration